



**Stadt Leipzig**

# **FÖRDERPROGRAMM der Stadt Leipzig**

## **Naturbasierte Lösungen zur Anpassung an den Klimawandel**

Beschluss-Nr. VII-DS 10612 der Ratsversammlung vom 16.04.2025

# Inhaltsverzeichnis

VORBEMERKUNG .....	3
1. Rechtsgrundlagen .....	4
2. Zuwendungszweck .....	4
3. Zuwendungsempfänger .....	4
4. Zuwendungsvoraussetzungen .....	4
5. Zuwendungs- und Finanzierungsart .....	5
6. Antragsverfahren .....	5
6.1 Antragstellung .....	5
6.2 Antragsfristen .....	6
6.3 Vorzeitiger Maßnahmenbeginn .....	6
7. Bewilligungsverfahren .....	6
8. Förderfähige Maßnahmen .....	6
8.1 Dachbegrünung .....	6
8.2 Fassadenbegrünung .....	9
8.3 Entsiegelung und Hofbegrünung .....	10
9. Auszahlungsverfahren .....	10
10. Nachweisverfahren .....	11
10.1 Verwendungsnachweis .....	11
10.2 Einfaches Verfahren .....	11
10.3 Vorlagefrist .....	11
11. Mitteilungspflichten des Zuwendungsempfängers .....	12
12. Rückforderung .....	12
13. Veröffentlichung .....	12
14. In-Kraft-Treten .....	12

# VORBEMERKUNG

„Naturbasierte Lösungen (NbL)“ umfassen Lösungsansätze, „welche von der Natur inspiriert und unterstützt werden, die kosteneffizient sind und gleichzeitig ökologische, soziale und wirtschaftliche Vorteile bieten“ (Europäische Kommission<sup>1</sup>). NbL in der praktischen Anwendung spielen in Strategien zur Anpassung an den Klimawandel eine bedeutende Rolle und werden, gemeinsam mit sogenannten blau-grünen Infrastrukturen (BGI), auch für ökosystembasierte Anpassungen an den Klimawandel genutzt. Die größte Wirkung von umgesetzten NbL wird dann erreicht, wenn die Ausstattung der NbL den natürlichen Systemen wie bspw. dem Wasserkreislauf entsprechen, ein räumliches Netzwerk an Lösungen darstellen und so gepflegt werden, dass die Lösungen ihre Funktionen erfüllen.

Das hier vorgelegte kommunale Förderprogramm „Naturbasierte Lösungen zur Anpassung an den Klimawandel in der Stadt Leipzig“ hat das Ziel, finanzielle Anreize für die Implementierung von NbL zu setzen, um besiedelte Bereiche im Stadtgebiet resilienter, also widerstandsfähiger, gegen die negativen Folgen des Klimawandels zu machen. Das Förderprogramm ist modular aufgebaut, d. h. mehrere Begrünungsmaßnahmen können miteinander kombiniert beantragt werden. Die Gründachförderrichtlinie vom 30.09.2023 wurde in das Förderprogramm integriert und um die Bereiche Fassaden-, Hofbegrünung und Entsiegelung erweitert.

## Hinweise zum Förderprogramm:

Nach Maßgabe dieses Förderprogramms gewährt die Stadt Leipzig Zuwendungen für die Umsetzung naturbasierter Lösungen zur Anpassung an den Klimawandel im Leipziger Stadtgebiet. Zuwendungen (Fördermittel) können nur im Rahmen der im Haushalt bereitgestellten Mittel und nur für Zwecke gewährt werden, die im Interesse der Stadt Leipzig liegen. Ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung besteht nicht.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern in diesem Dokument die männliche Form verwendet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für alle Geschlechter. Die gewählte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

---

<sup>1</sup> [Nature-based solutions - European Commission \(europa.eu\)](https://european-council.europa.eu/media/en/press-articles/default/press-articles/123456)

## 1. Rechtsgrundlagen

Grundlagen für die Vergabe von Zuwendungen nach diesem Förderprogramm bilden

- die Rahmenrichtlinie zur Vergabe von Zuwendungen der Stadt Leipzig an außerhalb der Stadtverwaltung stehende Stellen (Zuwendungsrichtlinie),
- die Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO),
- die Sächsische Haushaltsordnung (SäHO),
- Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministerium der Finanzen zur SäHO (VwV-SäHO)
- die Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über kommunale Haushaltswirtschaft (SächsKomHVO),
- die Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Kassen- und Buchführung der Kommunen (SächsKomKBVO),
- das Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG),
- das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) sowie
- das Umsatzsteuergesetz (UStG)

in der jeweils geltenden Fassung. Weitere Entscheidungsgrundlagen sind das Integrierte Stadtentwicklungskonzept Leipzig 2030 (INSEK) sowie darauf basierende Beschlüsse des Stadtrats.

## 2. Zuwendungszweck

Mit den im Förderprogramm bereitgestellten Fördermitteln sollen Vorhaben zur Umsetzung von naturbasierten Lösungen finanziell unterstützt werden, die zur Klimaanpassung des urbanen Raumes beitragen.

Im Sinne dieses Förderprogramms werden Maßnahmen zur Dach- und Fassadenbegrünung sowie die Entsiegelung mit zugehöriger ökologischer Aufwertung bezuschusst.

## 3. Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger im Sinne des Förderprogramms sind natürliche oder juristische Personen, die Eigentümer, Erbbauberechtigte, Nießbraucher oder Mieter eines förderfähigen Objekts sind. Letztere benötigen die Zustimmung des Eigentümers. Anstelle natürlicher Personen können auch Personengesellschaften oder Bruchteilsgemeinschaften Zuwendungsempfänger sein.

Juristische Personen werden durch ihr gesetzliches Vertretungsorgan (z. B. Geschäftsführer) vertreten. Dasselbe gilt für Personengesellschaften, wenn der Gesetzgeber dies geregelt hat, ansonsten gilt für sie die gesellschaftsvertragliche Regelung.

Eigentümergeinschaften werden durch ihren Verwalter vertreten. Die Gesellschafter einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts sind im Antrag anzugeben. Das gleiche gilt für die Mitglieder einer Bruchteilsgemeinschaft.

## 4. Zuwendungsvoraussetzungen

- Die Vorhaben werden auf dem [Gebiet der Stadt Leipzig](#) realisiert und es besteht ein Interesse der Stadt Leipzig an deren Umsetzung.
- Es handelt sich um freiwillige Vorhaben (d. h. nicht durch Festsetzungen eines Bebauungsplans, naturschutzrechtliche Verpflichtungen, Satzung oder andere rechtliche Vorgaben veranlasst).
- Mit den Vorhaben wurde noch nicht begonnen. Als Beginn zählt bereits der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrags.
- Erforderliche Genehmigungen (z. B. denkmalschutzrechtliche Genehmigung, Baugenehmigung etc.) müssen bis zur Bewilligung vorliegen und sind dem Amt für Umweltschutz auf Verlangen vorzulegen.

- Die ordnungsgemäße Geschäftsführung des Zuwendungsempfängers steht außer Zweifel und der Nachweis der Verwendung erscheint gesichert.
- Die Gesamtfinanzierung ist im Rahmen der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit gesichert.
- Der Antragsteller verpflichtet sich, die durchgeführten Vorhaben für mindestens zehn Jahre, gerechnet ab Fertigstellung, in einem dem beabsichtigten Nutzungszweck entsprechenden Zustand zu halten (Zweckbindungsfrist). Im Falle eines Eigentümer- oder Mieterwechsels ist der Zuwendungsempfänger verpflichtet, dafür zu sorgen, dass der neue Eigentümer oder Mieter in die vorgenannte Verpflichtung eintritt.
- Dem Amt für Umweltschutz ist innerhalb der Zweckbindungsfrist ein Foto pro Jahr zur Verfügung zu stellen, sodass die Entwicklung der Vorhaben erfasst und ausgewertet werden kann.
- Die Vorhaben werden durch einen Fachbetrieb ausgeführt. Bei fachlicher Eignung kann im Einzelfall über Ausnahmen entschieden werden.
- Die Bepflanzung darf keine invasiven Arten enthalten.
- Von den Vorhaben gehen keine umweltschädigenden Wirkungen aus. Auf umweltbelastende Materialien (z. B. torfhaltiges Substrat, Polyvinylchlorid (PVC), Tropenhölzer) wird verzichtet.

Die Nichtbeachtung der Zuwendungsvoraussetzungen kann zur Rücknahme bzw. zum Widerruf des Fördermittelbescheids samt (Teil-)Rückforderung der Fördermittel führen.

## 5. Zuwendungs- und Finanzierungsart

Die Zuwendung erfolgt als Projektförderung im Wege der Anteilsfinanzierung in Form eines nicht rückzahlbaren Zuschusses. Als Projektförderung werden Zuwendungen für einzelne zeitlich und inhaltlich abgegrenzte Vorhaben bezeichnet. Eine Vollfinanzierung ist ausgeschlossen.

Die jeweilige Förderrate ist bei den förderfähigen Maßnahmen unter Punkt 8 zu finden.

## 6. Antragsverfahren

### 6.1 Antragstellung

Zuwendungen werden grundsätzlich nur auf einen begründeten und mit den notwendigen Unterlagen versehenen Antrag hin gewährt. Der Antrag kann schriftlich bei der

**Stadt Leipzig  
Amt für Umweltschutz  
Technisches Rathaus  
Prager Straße 118 - 136  
04317 Leipzig**

oder auf dem Serviceportal „Amt24“ des Freistaates Sachsen gestellt werden.

Im Antrag ist anzugeben, ob eine Berechtigung zum Vorsteuerabzug nach § 15 UStG vorliegt. Ist dies der Fall, so sind die sich ergebenden Vorteile auszuweisen und bei der Ermittlung der zuwendungsfähigen Aufwendungen abzusetzen.

Folgende Dokumente sind mit Antragstellung einzureichen:

- Antragsformular
- Lageplan
- Gestaltungsplan
- Foto/s Ist-Zustand (nur bei Bestandsgebäuden)
- mind. 3 vergleichbare Angebote (reichen weniger Fachfirmen ein Angebot ein, sind die Absagen oder bei Nichtvorhandensein die Anfragen jeweils vorzulegen)
- Pflanz-/Saatgutliste
- ggf. Kostenberechnung/-aufschlüsselung
- ggf. Einverständniserklärung des Eigentümers bzw. der Eigentümerin

- ggf. denkmalrechtliche Genehmigung bei denkmalgeschützten Objekten
- Bestätigung der Abfall- und Bodenschutzbehörde zur Altlastenfreiheit (nur bei Entsiegelung)

Auf Verlangen des Amts für Umweltschutz sind die Angaben und Unterlagen zu ergänzen. Werden trotz Nachforderung die Unterlagen nicht vollständig fristgemäß vorgelegt, gilt der Antrag als nicht gestellt.

Die Beantragung von verschiedenen Fördermaßnahmen, soweit Sie ein Objekt betreffen, erfolgt in einem Antrag zusammengefasst (siehe Mehrfachauswahl im Antragsformular).

## **6.2 Antragsfristen**

Zuwendungsanträge können jederzeit gestellt werden und werden nach Eingang bearbeitet und beschieden solange Haushaltsmittel verfügbar sind. Bei unvollständigen Anträgen gilt als Eingangsdatum der Zeitpunkt, an dem alle notwendigen Unterlagen vorliegen.

## **6.3 Vorzeitiger Maßnahmenbeginn**

Zuwendungen werden zukunftsbezogen bewilligt. Eine Förderung bereits begonnener oder durchgeführter Projekte ist nicht zulässig.

Als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages (ohne Rücktrittsrecht) zu werten. Nicht als Vorhabenbeginn zählen z. B. die Beauftragung von Planungsleistungen, Einholung einer Altlast-Auskunft oder eine ggf. notwendige Statik-Überprüfung.

Mit dem Beginn des Vorhabens ist zu warten, bis die Entscheidung durch den Zuwendungsbescheid gefällt wurde. Der Zuwendungsempfänger hat mit Antragsstellung zu erklären, dass mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde.

Ausnahmen sind nur zulässig, wenn der vorzeitige Beginn aus begründetem Anlass durch Vorbescheid - ohne Rechtsanspruch auf eine spätere Zuwendung - zugelassen wurde.

Dazu ist mit Einreichen des Zuwendungsantrags die Genehmigung für einen vorzeitigen Vorhabenbeginn zu beantragen (siehe Antragsformular). Erst nach Zugang dieser Genehmigung kann mit dem Projekt begonnen werden. Die Ausnahmeregelung erstreckt sich auf den Zeitraum zwischen Antragstellung und Bewilligung.

## **7. Bewilligungsverfahren**

Über die Vergabe von Zuwendungen nach diesem Förderprogramm entscheidet das Amt für Umweltschutz in Ausübung pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel. Der Zuwendungsantrag wird mittels Zuwendungs- oder Ablehnungsbescheid beschieden.

Bestandteil des Zuwendungsbescheids sind die Allgemeinen Nebenbestimmungen (ANBest), welche Auflagen und Bedingungen im Sinne des § 36 VwVfG enthalten.

Werden mehrere Fördermaßnahmen zusammen beantragt, die ein und dasselbe Förderobjekt betreffen, werden diese in einem gemeinsamen Zuwendungsbescheid bewilligt.

## **8. Förderfähige Maßnahmen**

### **8.1 Dachbegrünung**

Die Förderung setzt sich aus dem Basiszuschuss und ggf. zusätzlichen Boni zusammen. Bei Bauvorhaben, für die keine Verpflichtung zur Dachbegrünung besteht, kommt i. d. R. der Basiszuschuss zur Anwendung, der um die Boni erweitert werden kann.

Bei Bauvorhaben, für die eine Verpflichtung zur Dachbegrünung besteht, ist der Basiszuschuss ausgeschlossen. Dann können nur Bonuszuschüsse für Maßnahmen gewährt werden, die über die verpflichtenden Vorgaben hinausgehen.

Mit den Boni soll die Anlage von qualitativ höherwertigen Dachbegrünungen angeregt werden, um vor allem die ökologischen und klimaregulierenden Funktionen von Gründächern zu verbessern. Bei verschiedenen Nutzungen auf dem Dach (z. B. Terrasse, Technik etc.) wird nur der begrünte Anteil bezuschusst.

**a) Förderfähige Kosten**

- Planung, Material und Bau der Dachbegrünung von der wurzelfesten Dachabdichtung bis zu den Pflanzen (bei Eigenleistung nur das Material)
- Prüfung und Planung der Tragfähigkeit (Statik)
- Absturzsicherungssysteme, die zur Pflege des Gründachs erforderlich sind

**b) Förderbedingungen**

Basiszuschuss Gründach

Mit dem Basiszuschuss werden Zuwendungen für Dachbegrünungen gewährt. Die Erfüllung nachfolgender Bedingungen ist mit Antragstellung nachzuweisen:

- Bau nach anerkannten Regeln der Technik (FLL-Dachbegrünungsrichtlinien)
- zusammenhängende Vegetationsfläche von mindestens 10 m<sup>2</sup>
- Mindestaufbaustärke der Substratschicht im gesetzten Zustand von 10 cm bei Bestandsgebäuden und 12 cm bei Neubauten
- Bepflanzung aus mind. 15 Pflanzenarten
- Pflanzenarten müssen standortgerecht, möglichst insektenfreundlich sowie gebietsheimisch sein
- Bitumenbahnen müssen frei von Wurzelschutzmitteln sein

Bonus „Intensivgründach“

Mit diesem Bonus werden Intensivgründächer, ggf. mit gärtnerischer Nutzung, Begehbarkeit und Aufenthaltsmöglichkeiten sowie Anlagen, die für die sichere Nutzung des begehbaren Gründachs notwendig sind (z. B. Geländer), bezuschusst. Diese Form der Dachbegrünung weist eine höhere Vegetationsschicht auf und ist besonders wirkungsvoll hinsichtlich Artenvielfalt, Stadtklima und Regenwassermanagement.

Die Erfüllung nachfolgender Bedingungen ist mit Antragstellung nachzuweisen:

- zusammenhängende Vegetationsfläche von mindestens 10 m<sup>2</sup>
- Mindestaufbaustärke der Substratschicht von 25 cm
- gartenähnliche Bepflanzung mit Stauden und Gehölzen
- Pflanzenarten müssen standortgerecht, möglichst insektenfreundlich sowie gebietsheimisch sein

### Bonus „Solar-Gründach“

Mit diesem Bonus werden Extensivbegrünungen kombiniert mit Photovoltaik-/Solarthermieranlagen bezuschusst. Durch die Kombination kann z. B. aufgrund der Kühlungsleistung der Pflanzen ein höherer Wirkungsgrad der Anlage erreicht werden. Verschattung und Feuchte fördern zudem die Artenvielfalt.

Die Erfüllung nachfolgender Bedingungen ist mit Antragstellung nachzuweisen:

- auflastgehaltene Photovoltaik-/Solarthermiesystem, ohne Durchdringung der Dachhaut
- Substrat und Begrünung sind vollflächig unter den Modulen ausgebracht
- Mindestabstand Solarmodule zu Substratoberfläche von 20 cm
- Mindestabstand zwischen den Modulreihen von 50 cm (für Pflege und Wartung)

### Bonus „Biodiversitätsgründach“

Mit diesem Bonus wird eine biodiversitätssteigernde Gestaltung des Gründachs zur Erhöhung der biologischen Vielfalt und Bereitstellung von zusätzlichem Lebensraum für Tier- und Pflanzenarten gefördert.

Die Erfüllung nachfolgender Bedingungen ist mit Antragstellung nachzuweisen:

- Substrathöhe im Mittel 15 cm (variiere Substrathöhe zur Erhöhung der Strukturvielfalt)
- Bepflanzung aus mind. 25 Pflanzenarten
- Pflanzenarten müssen standortgerecht, möglichst insektenfreundlich sowie gebietsheimisch sein
- Biodiversitätsbausteine auf min. 10 % der begrünbaren Dachfläche, wie z. B. Totholz und Steine als Nisthilfen oder Verstecke, Sandlinsen und Grobkiesbeete als Mikrohabitate, (temporäre) Wasserflächen als Vogel- und Insektentränke oder Vogel- und Insekten-Nistkästen (siehe [BuGG- Fachinformation „Biodiversitätsgründach“](#))

### Bonus „Retentionsgründach“

Mit diesem Bonus werden Gründachsysteme bezuschusst, die zusätzlich Regenwasser temporär speichern und dosiert abfließen lassen können. Dies kann Überflutungen in Folge von Starkregenereignissen vorbeugen, die Kanalisation entlasten und einen Beitrag zur Verbesserung des Stadtklimas durch Verdunstungskühlung leisten. Dieser Bonus ist mit allen weiteren Boni kombinierbar.

Die Erfüllung nachfolgender Bedingungen ist mit Antragstellung nachzuweisen:

- Einsatz von technisch-konstruktiven Elementen, die abflussverzögernd und wasserspeichernd wirken (z. B. Speicher- u. Retentionselemente, Anstaudrassel usw.)
- mind. 40 l/m<sup>2</sup> zusätzlicher Retentionsraum zwischen Dachabdichtung und Substrat

### Bonus „Bewässerung“

Mit diesem Bonus werden Bewässerungssysteme bezuschusst, die erforderlich sind, um die Dachbegrünung von einem bestehenden Wasseranschluss aus (Trinkwasser oder Regenwasser) bewässern zu können. Damit kann in Trockenperioden die Vitalfunktion der Dachbegrünung erhalten und die Kühlungsleistung gesteigert werden.



### c) Förderhöhe für Dachbegrünung

Die Zuwendung ist auf max. 100.000 Euro je Vorhaben und 90 % der förderfähigen Kosten begrenzt. Weiterhin gelten folgende Fördersätze:

Art der Förderung	Fördersatz	Maximalförderung
Basiszuschuss	50 % der förderfähigen Kosten	60.000 €
Bonus „Intensivgründach“	80 €/m <sup>2</sup>	40.000 €
Bonus „Solar-Gründach“	60 €/m <sup>2</sup> (Modulfläche)	20.000 €
Bonus „Biodiversitätsgründach“	60 €/m <sup>2</sup>	20.000 €
Bonus „Retentionsgründach“	60 €/m <sup>2</sup>	20.000 €
Bonus „Bewässerung“	50 %	5.000 €

## 8.2 Fassadenbegrünung

Mit diesem Zuschuss werden Zuwendungen für Fassadenbegrünungen gewährt. Sie verbessern das Mikroklima und die Luftqualität, schützen den Wohnraum vor Hitze und Kälte und sind selbst Lebensraum für zahlreiche Tiere.

### a) Förderfähige Kosten

- Planung, Material und Bau der Fassadenbegrünung
- vorbereitende Maßnahmen (z. B. Entsiegelungen von Bodenbelägen, Bodenaufbereitung, Bodenaustausch)
- Prüfung der Tragfähigkeit und Belastbarkeit der Fassade (Statik)
- Bewässerungssystem bei wandgebundener Fassadenbegrünung
- Brandschutzgutachten, wenn dieses im Zusammenhang mit der Begrünung erforderlich ist

### b) Förderbedingungen

#### Basiszuschuss Fassadenbegrünung

- Bau nach anerkannten Regeln der Technik (FLL-Fassadenbegrünungsrichtlinien)
- Die „Empfehlungen der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren und des Deutschen Feuerwehrverbandes - Brandschutz großflächig begrünter Fassaden“ werden beachtet.
- Maßnahmenkosten von mindestens 500 €
- bei wandgebundener Fassadenbegrünung: integriertes Bewässerungssystem
- bei straßenseitigen Fassaden: Gestattungsvertrag des Mobilitäts- und Tiefbauamtes und Genehmigung des Amtes für Bauordnung und Denkmalpflege müssen ggf. vorliegen
- keine Förderung von Fassadenbegrünung mit Selbstklimmern (Wurzelkletterer/ Haftscheibenranker)

#### Bonus „Bewässerung“

Mit diesem Bonus werden Bewässerungssysteme bezuschusst, mit denen bodengebundene Fassadenbegrünungen von einem bestehenden Wasseranschluss aus (Trinkwasser oder Regenwasser) bewässert werden können. Damit kann in Trockenperioden die Vitalfunktion und die Kühlungsleistung der Fassadenbegrünung erhalten werden.

### c) Förderhöhe für Fassadenbegrünung

Die Zuwendung ist auf max. 20.000 Euro je Vorhaben und 75 % der förderfähigen Kosten begrenzt.

Art der Förderung	Fördersatz	Maximalförderung
Basiszuschuss	50 % der förderfähigen Kosten	15.000 €
Bonus „Bewässerung“	50 %	5.000 €

## 8.3 Entsiegelung und Hofbegrünung

Mit diesem Zuschuss werden Zuwendungen für die ökologische Aufwertung von versiegelten Flächen wie z. B. (Innen-)Höfe, Gärten oder Freiflächen gewährt.

Das Ziel ist entweder die Wiederherstellung der natürlichen Bodenfunktion mit anschließender Begrünung (vollflächige Entsiegelung) oder die Sicherstellung einer weniger intensiven Flächennutzung (z. B. als Stellplatz oder Feuerwehrezufahrt) durch Einbau durchlässiger und begrünbarer Flächenbefestigungen (Teilentsiegelung).

### a) Förderfähige Kosten

- Planungs-, Rückbau- und Entsorgungskosten der Entsiegelung einer vollversiegelten Fläche nach den anerkannten Regeln der Technik
- Planungs-, Material- und Baukosten der Wiederherstellung der natürlichen Bodenfunktion und der anschließenden Begrünung (gärtnerische Gestaltung) oder Teilversiegelung durch durchlässige und begrünbare Flächenbefestigungen nach den anerkannten Regeln der Technik

### b) Förderbedingungen

- mindestens 20 m<sup>2</sup> entsiegelte Fläche, wovon mindestens 40 % zu begrünen sind
- Bepflanzung aus mind. 15 Pflanzenarten bei vollentsiegelten Flächen
- Pflanzenarten müssen standortgerecht, möglichst insektenfreundlich sowie gebietsheimisch sein
- Mit Antragstellung ist eine Bestätigung der Abfall- und Bodenschutzbehörde des Amtes für Umweltschutz vorzulegen, dass es sich bei der zu entsiegelnden Fläche nicht um eine Altlast oder eine Altlastenverdachtsfläche nach Bundesbodenschutzgesetz handelt. Dazu ist eine formlose Anfrage bei der Abfall- und Bodenschutzbehörde mit Vorlage eines Flurstückplans, auf dem die Fläche zur Entsiegelung gekennzeichnet ist, zu stellen.
- Für Flächen, die im Brandschutzkonzept eines zugehörigen Gebäudes als Stellflächen für die Feuerwehr festgelegt sind, ist der Erhalt dieser Funktion sicherzustellen.

### c) Förderhöhe für Entsiegelung

Die Zuwendung ist auf max. 50.000 Euro je Vorhaben und 50 % der förderfähigen Kosten begrenzt.

## 9. Auszahlungsverfahren

Die bewilligte Zuwendung darf erst nach Bestandskraft, d. h. nach Ablauf der Rechtsbehelfsfrist des Zuwendungsbescheides, angefordert und ausgezahlt werden. Ein

Teilwiderspruch gegen nicht bewilligte Antragsbestandteile behindert die Bestandskraft des bewilligten Teiles nicht.

Verzichtet der Zuwendungsempfänger schriftlich auf die Einlegung eines Rechtsbehelfs, führt dies zur vorzeitigen Bestandskraft des Zuwendungsbescheides.

Die Mittelanforderung muss die zur Beurteilung des Mittelbedarfs erforderlichen Angaben enthalten und erfolgt bis spätestens 15. Januar des Folgejahres nach Erteilung des Zuwendungsbescheides schriftlich beim Amt für Umweltschutz. Zuwendungen werden nur insoweit und nicht eher ausgezahlt, als sie voraussichtlich innerhalb von sechs Monaten nach Auszahlung für fällige Zahlungen im Rahmen des Zuwendungszwecks benötigt werden.

## **10. Nachweisverfahren**

### **10.1 Verwendungsnachweis**

Zum Nachweis der zweckentsprechenden Verwendung der Zuwendung ist dem Amt für Umweltschutz ein Verwendungsnachweis (Link zum Formular) vorzulegen. Mit diesem ist ein Sachbericht und ein zahlenmäßiger Nachweis einzureichen. Das entsprechende Formular wird mit dem Zuwendungsbescheid zur Verfügung gestellt.

Im Sachbericht ist die Verwendung der Zuwendung zu erläutern und diese mit Fotos zu versehen. Im zahlenmäßigen Nachweis sind sämtliche mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Ausgaben summarisch darzustellen. Zuschüsse aus anderen Förderungen sind mit anzugeben.

Dem Verwendungsnachweis sind die Belege über die Einzelzahlungen und die Verträge über die Vergabe von Aufträgen beizufügen. Die Belege müssen so aufgeschlüsselt werden, dass sie prüfungsfähig sind. Ausgaben, die unzureichend ausgewiesen sind, können nicht anerkannt werden.

Das Amt für Umweltschutz und das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Leipzig sind berechtigt, Bücher, Belege oder sonstige Geschäftsunterlagen anzufordern sowie die Verwendung der Zuwendung durch örtliche Erhebung zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen. Die Zuwendungsempfänger haben die erforderlichen Unterlagen bereitzuhalten und die notwendigen Auskünfte zu erteilen.

### **10.2 Einfaches Verfahren**

Für Zuwendungen bis einschließlich 15.000 Euro ist ein einfaches Verfahren möglich. Auf die Vorlage der Belege kann dabei verzichtet werden. Das Recht der Nachforderung bzw. Einsichtnahme und Prüfung ist davon nicht berührt. Die Entscheidung über die Zulassung des einfachen Verwendungsnachweises ergeht im Zuwendungsbescheid.

### **10.3 Vorlagefrist**

Spätestens drei Monate nach Ablauf des Bewilligungszeitraums bzw. nach Fertigstellung der Maßnahme ist dem Amt für Umweltschutz der Verwendungsnachweis vorzulegen.

## **11. Mitteilungspflichten des Zuwendungsempfängers**

Bei Änderungen zu folgenden Sachverhalten ist das Amt für Umweltschutz unverzüglich zu informieren:

- Adresse, Kontaktdaten
- Bankdaten
- Umsetzungszeitraum/Fristen
- bei Nichterreichen des Zuwendungszwecks (mit der bewilligten Zuwendung)
- Ermäßigung/Erhöhung der Gesamtausgaben
- ausführende Firmen
- Berechtigung zum Vorsteuerabzug
- Organisationsstruktur des Antragstellers
- Insolvenzverfahren
- Beantragung/Bewilligung weiterer Zuwendungen

## **12. Rückforderung**

Wird der Zuwendungsbescheid (teilweise) unwirksam oder durch das Amt für Umweltschutz mit Wirkung für die Vergangenheit zurückgenommen oder widerrufen, ist die Zuwendung – auch wenn sie bereits verwendet worden ist – (anteilig) zu erstatten.

Dies gilt insbesondere, wenn

- eine nachträgliche Ermäßigung der Ausgaben oder Änderung der Finanzierung eingetreten ist,
- der Zuwendungsempfänger den Zuwendungsbescheid durch Angaben erwirkt hat, die in wesentlicher Beziehung unrichtig oder unvollständig waren,
- die Zuwendung oder aus der Zuwendung beschaffte Gegenstände nicht oder nicht mehr für den vorgesehenen Zweck oder unwirtschaftlich verwendet wird,
- der Zuwendungsempfänger seiner Mitteilungspflicht gegenüber dem Amt für Umweltschutz nicht rechtzeitig und vollständig nachkommt,
- der Verwendungsnachweis nicht wie vorgeschrieben geführt bzw. nicht rechtzeitig vorgelegt wird,
- die Zuwendungsvoraussetzungen nicht beachtet werden oder
- die Zweckbindungsfrist nicht eingehalten wird.

Die zu erstattende Leistung wird durch schriftlichen Bescheid festgesetzt.

## **13. Veröffentlichung**

Alle Veröffentlichungen, die sich auf das geförderte Projekt beziehen, müssen Hinweise auf die Förderung durch die Stadt Leipzig enthalten.

Der Zuwendungsempfänger gestattet der Stadt Leipzig die fotografische Aufnahme der bezuschussten Maßnahmen und die Verwendung dieser Fotos zum Zwecke der Veröffentlichung.

Alle Zuwendungen der Stadt Leipzig an außerhalb der Stadtverwaltung stehende Stellen werden jährlich im Zuwendungsbericht unter Einhaltung der festgelegten datenschutzrechtlichen Bestimmungen erfasst und veröffentlicht. Der Zuwendungsempfänger erklärt mit der Unterschrift zum Antrag sein Einverständnis zur Veröffentlichung.

## **14. In-Kraft-Treten**

Das vorliegende Förderprogramm tritt mit Beschlussfassung der Ratsversammlung in Kraft und wird im Leipziger Amtsblatt sowie dem Internetportal der Stadt Leipzig unter [www.leipzig.de](http://www.leipzig.de) veröffentlicht, gleichzeitig tritt die Gründachförderrichtlinie vom 30.09.2023 Beschluss-Nr. VII-DS-08545 außer Kraft.